



„Das System ist sehr sensitiv“

Nicht globale Katastrophen bedrohen unser Sozialsystem, sondern eher unauffällige demographische und arbeitsmarktpolitische Verschiebungen, meint Sozialwissenschaftler Bernd Marin.

Wie denkt der Wissenschaftler über die derzeitige Pensionsdiskussion?

Zunächst fällt mir auf, daß wir über ein System diskutieren, das aus der Zeit von Bismarck stammt. Der Staat hat damals etwas versprochen, was er fast nie einhalten mußte. 86 Prozent der Männer haben ihre Pensionierung nicht erlebt.

Das hat sich seither ja geändert ...

Und zwar dramatisch. Die Pensionsdauer ist in der ersten Jahrhunderthälfte von zehn auf zwölf Jahre gestiegen, seit Kreiskys Zeiten hat die Pensionsdauer aber von 14 auf 23 Jahre zugenommen. Das ist dramatisch. Ein Mann, der heute in Pension geht, hat durchschnittlich 20,5 Jahre vor sich, eine Frau 26 Jahre. Alle drei bis vier Jahre gewinnen wir ein weiteres Jahr, das Leben wird immer länger. Erfreulich für uns, schlecht fürs Pensionssystem.

Was bedeutet das für die Pensionen?

Das gegebene System nach dem Umlageverfahren ist einerseits sehr robust und andererseits recht sensitiv. Gegenüber globalen Katastrophen ist es robust. Man kann praktisch zu jedem Zeitpunkt damit beginnen, eine Versorgung nach dem Umlageverfahren einzuführen. Man kann ohne lange Ansparphase sofort Ergebnisse erzielen, wie das in der Pflegeversicherung geschieht. Das System ist aber sehr sensitiv gegenüber demographischen Veränderungen, beispielsweise einer Verlängerung der Lebenserwartung oder einer Alterung der Gesellschaft, was wiederum mit der Lebenserwartung nichts zu tun haben muß.

Können Sie das erklären?

Österreich als Kollektiv altert, Wien dagegen verjüngt sich durch Zuwanderung aus den Bundesländern und aus dem Ausland.

Wir werden in Wien 2012 ungefähr die gleiche Altersstruktur haben wie 1995. Wenn wir länger leben, kann sich das Kollektiv trotzdem verjüngen, wenn es genug Kinder oder junge Einwanderer gibt. Österreichweit sehe ich aber weder einen Babyboom noch eine Zuwanderungswelle aus dem Ausland. Das ist der Grund dafür, daß nicht nur die Lebenserwartung steigt, sondern daß die Gesellschaft weiter altert. Drittens ist das System enorm sensitiv gegenüber Arbeitslosigkeit. Es ist für Vollbeschäftigung und hohe Erwerbsquoten konzipiert. Das ganze Pensionssystem ist auf einem Gleichgewicht nahe der Vollbeschäftigung und hoher Aktivitätsraten aufgebaut.

Davon sind wir aber im Augenblick doch einigermaßen weit entfernt. Was geschieht denn, wenn es keine Vollbeschäftigung gibt?

Dann treten auf der einen Seite empfindliche Beitragsausfälle auf und auf der anderen Seite gigantische Formen verdeckter Arbeitslosenzahlungen.

Wie sehen diese konkret aus?

Hier geht es unter anderem um Pensionen im Erwerbsalter, also Frühpensionen und den Anteil der Invaliditätsrenten bei den Pensions-Neuzugängen. In einigen Ländern betragen diese Invaliditätsrenten berufsabhängig bereits bis zu 70 Prozent. Was natürlich keineswegs heißt, daß dort tatsächlich 70 Prozent aller Pensions-Neuzugänge Invalide sind. Es ist eine andere Art, das Arbeitslosenproblem in den Griff zu bekommen.

Aus Ihren Formulierungen schließe ich, daß es sich da aber keineswegs um eine österreichspezifische Methode handelt, die Arbeitslosenstatistiken zu schönen.

Keineswegs. In den Niederlanden sind das mittlerweile mehr als eine Million Leute, und die Kosten dafür liegen bereits weit über jenen der Arbeitslosenversicherung – auch in Österreich. Das ist ein horrender Brocken.

Wie kommt es zu dieser Entwicklung?

Das ist sozusagen ein sanfter Weg aus dem Arbeitsmarkt. Man sagt, seien Sie doch länger krank, dann können Sie gleich in Pension gehen. Und offenbar sind viele lieber invalide als arbeitslos, was nicht leicht nachvollziehbar ist. Aber es ist so. Wie sonst kämen große Gemeinden zu einem Pensionsantrittsalter von durchschnittlich 53,9 Jahren?

Was bedeutet dieser Trend für das Umlageverfahren? Wird es nicht demnächst untergehen?

Mit Sicherheit nicht. Es ist unverzichtbar, es soll und es kann saniert werden. An der Sozialversicherungssäule für die Grundversorgung führt wegen der Krisensicherheit kein Weg vorbei. Ich erinnere mich an die US-Gastprofessoren in den Siebzigern nach der Ölkrise. Sie erhielten viel weniger Pension als ursprünglich erwartet. Und wenn eine ganze Generation gleichzeitig Kasse machen muß, dann führt das zu einer Entwertung der Finanztitel. Experten schätzen den Wertverlust auf 20 Prozent.

Daß es ganz so kommen wird, halte ich für nicht sehr wahrscheinlich, denn da gibt es ja auch immer wieder

eine Generation, die die Papiere kauft. Sind Sie ein Gegner des Kapitaldeckungsverfahrens?

Keineswegs, die beiden Systeme ergänzen einander. Die Stärke des Umlageverfahrens ist zugleich die Schwäche des Kapitaldeckungssystems und umgekehrt. Übrigens: Damit Ihre optimistische Annahme zutrifft, müßte die Nach-Baby-boomer-Generation um soviel reicher und kaufkräftig nachfragender sein, als sie demographisch schwächer ist.

Zur Ergänzung beider Systeme ...

Das Kapitaldeckungsverfahren ist nicht so empfindlich gegenüber demographischen Veränderungen. Mit dem Umlageverfahren kann ich sofort beginnen. Wenn man von heute auf morgen eine Pension braucht, und es ist kein Kapitalstock vorhanden, dann geht das nicht anders. Das erleben derzeit die Menschen in den ehemaligen kommunistischen Staaten. Aber man muß eben auch sehen, daß die Belastung durch steigendes Lebensalter zunimmt, und da spricht viel für ein kapitalgedecktes Verfahren und eine stärker beitragsorientierte Ausschüttung. Der Generationenvertrag würde sonst ja darauf hinauslaufen, daß die Lebensverlängerung voll auf Kosten der jüngeren Generation geht. Wenn die Menschen tatsächlich während der Pension noch einmal drei, vier oder fünf Jahre länger leben, dann spricht einiges dafür, daß die Generation, die diesen Lebenszuwachs lukriert, sich ihn im Grunde auch selbst finanziert. So ist es übrigens auch durchaus vernünftig, über die Höhe der Auszahlungen nachzudenken. Solche Ansätze gibt es beispielsweise in Schweden und in Italien. Natürlich stützen sich die Pensionen auch dort auf das Umlageverfahren, aber man achtet immer mehr darauf, daß generationenweise nicht mehr ausgeschüttet als eingezahlt wird. Ich glaube, das wird im weiteren Sinn immer stärker diskutiert.

Das läßt sich nun aber kaum mit dem hohen Deckungsgrad unserer Pensionen in Einklang bringen.

Grundsätzlich doch. Das große Problem ist hier die ständische Struktur. Ein Versicherungsmonat kostet für Angehörige verschiedener Berufsgruppen unterschiedlich viel. Ein Bauer bekommt es

schon um 233 Schilling, ein Freiberufler muß ungefähr das Zehnfache dafür zahlen. Ähnliche Unterschiede gibt es bei den fiktiven Eigenbeitragsquoten der verschiedenen Berufe. ASVG-Pensionisten zahlen 86 Prozent ihrer Pensionen selbst. Es gibt Arbeiterkategorien, die zahlen sogar weit mehr ein, als sie jemals herauskriegen. Und dann gibt es die Beamten, die Selbständigen und die Landwirte, die zahlen nicht einmal die Hälfte.

Welche Lösungen schlagen Sie vor?

Wir sollten die erste Säule in Richtung erhöhter Beitragsgerechtigkeit umbauen. Dann ähnelt sie dem Kapitalertragssystem sehr viel mehr. Das kann dazu führen, daß Umverteilungsspielräume schwinden, daß familienpolitische oder sozialpolitische Überlegungen zurückgenommen oder besser begründet werden müssen.

Und welche Anforderungen stellen Sie generell an ein Sozialsystem?

Es muß fair, nachhaltig und langfristig finanzierbar sein. Es muß den Lebensstandard sichern. Das bedeutet nicht 80 Pro-

zent des Letzter oder des Bestbezug, sondern annähernde Durchschnittsbezüge.

Spricht das nicht für eine Grundversicherung durch das Umlageverfahren und eine Sicherung des Lebensstandards durch das Kapitaldeckungsverfahren?

Durchaus, aber nur, wenn dies wesentliche Teile der Leistungseinkommen mit einschließt und die „Pensionslücke“ auf Bestniveauvorsorge den Privaten überlassen bleibt. Insgesamt muß das Sozialsystem langfristig planbar sein. Daß sich das System zu Mißbräuchen eignet, daß man durch geschicktes gegenseitiges Versichern, zum Beispiel von Freiberuflern oder mithelfenden Familienangehörigen, mit rund zwei Millionen Einzahlungen zweistellige Millionenbeträge an Pensionsleistung generieren kann zeigt, daß das System nicht besonders klug konzipiert ist. Generationenvertrag heißt, er muß für alle heute geborenen Generationen gelten, im Grunde also 90 Jahre. Wenn wir hören, daß das System beispielsweise bis zum Jahr 2008 hält, ist das eigentlich ein Witz. Das Pensionssystem muß für alle Menschen halten, die jetzt leben. ●

„Man muß sehen, daß die Belastung durch steigendes Lebensalter zunimmt.“